

1248/J XXI.GP

Anfrage

der Abgeordnete zum Nationalrat Schasching und Plank
und Genossinnen und Genossen
an den Bundesminister für Justiz

Sucht ist eine Krankheit wie andere auch!

Drogensüchtige sind Kranke mit einem speziellen sozialen Umfeld. Dieses Umfeld wirkt sich sehr negativ auf die Patienten aus. So haben die Patienten oft mit Kriminalität zu tun, sind von Obdachlosigkeit betroffen oder von sozialer Missachtung, aber auch durch ihre Krankheit nicht im Stande Ihre Lage einzuschätzen und alleine zu bewältigen.
Die Drogensucht stürzt Menschen in eine Spirale, die nur sehr schwierig zu durchbrechen ist.

Doch es gibt auch Ansätze, die Möglichkeiten anbieten, der Spirale Einhalt zu gebieten und dem Patienten helfen ein neues Leben zu beginnen. Dazu zählen Präventionsprogramme und Therapie statt Strafe. Die Forschung müsste sich daher verstärkt psychotherapeutischen Methoden zuwenden. Von den individuell verschiedenen Wirkungsweisen müsste auch die Wahl der Therapieform abhängig gemacht werden. Je nach Patiententyp eignen sich medikamentöse Ersatztherapien (Substitution), Psychotherapie oder psychosoziale Unterstützung.

Da jedoch aus diversen Medien und Veranstaltungen (z.B. News 29/00, 16. September in Schladming) bekannt wird, wie Sie sich Drogenpolitik vorstellen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz folgende

Anfrage

1. Werden Sie in Zukunft die Forschung der psychotherapeutischen Möglichkeiten unterstützen?
2. Sind Ihrer Meinung nach Therapeutische Behandlungen von Drogenkranken weiterhin finanziell zu unterstützen?
3. Wenn ja, in welcher Höhe?
4. Wie ist Ihrer Meinung nach Drogenpolitik in Österreich Hand zu haben, wie werden Sie in Zukunft mit Drogensüchtigen verfahren?

5. Welche Konsequenzen werden Sie für Drogensüchtige setzen?
6. Halten Sie Strafen für Drogensüchtige für unabdingbar?
7. Wenn ja, wie hoch sollen Strafen für Drogensüchtige sein?
8. Welche Berufsgruppen sollen in Zukunft Ihrer Meinung nach durch Drogentests untersucht werden?
9. In welchen Abständen sollten Ihrer Meinung nach diese Drogentests durchgeführt werden, und in welcher Form?
10. Welche Konsequenzen können Sie sich vorstellen, wenn die Betroffenen die Tests verweigern?
11. Werden Einrichtungen, die sich jetzt schon um Drogensüchtige kümmern, in Zukunft mit öffentlichen Geldern unterstützt, und in welchem Umfang?
12. Welche Einrichtungen sind das, aufgeschlüsselt auf die Bundesländer?
13. In welcher Höhe werden in Zukunft diese Einrichtungen, aufgeschlüsselt auf die Bundesländer, unterstützt?